

Homosexuellen winkt Recht auf Ehegattensplitting

BERLIN, 28. Dezember. Gleichgeschlechtliche Lebenspartner können sich Hoffnung darauf machen, beim Fiskus künftig in den Genuss des Ehegattensplitting zu kommen. Das Finanzgericht Köln hat ein Finanzamt dazu verpflichtet, auf der Lohnsteuerkarte von zwei homosexuellen Arbeitnehmern, die in einer eingetragenen Partnerschaft leben, eine Steuerklasse für Eheleute einzutragen. Die Richter berufen sich dabei auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Dieses hatte die frühere Ungleichbehandlung von Ehe und Lebenspartnerschaft bei der Erbschaft- und Schenkungssteuer verworfen. Das Finanzgericht geht davon aus, dass diese Entscheidung auch auf die Einkommensteuer zu übertragen sei, und deshalb einen gegenseitigen Bescheid der Finanzverwaltung ausgesetzt. Es hält zwei Verfassungsbeschwerden, die schon gegen die geltende Regelung im Einkommensteuergesetz anhängig sind, für erfolgversprechend. Die Kölner Richter räumen zwar ein, dass das Bundesfinanzhof mehrfach das Gegenteil entschieden hat. Dies sei aber in allen Fällen, in denen er eine solche Klage aus inhaltlichen Gründen abgewiesen habe, noch vor dem Karlsruhe Urteil geschehen. Auch seien sie sich auf einer Linie mit Beschlüssen der Finanzgerichte von Baden-Württemberg und Niedersachsen sowie in Nürnberg (AZ: 4 V 2831/11). Die Verfassungsrichter haben hinsichtlich der Erbschaftsteuer argumentiert, eine eingetragene Lebenspartnerschaft sei wie die Ehe auf Dauer angelegt, rechtlich verfestigt und begründet eine gegenseitige Unterhalts- und Einstandspflicht. Die Ungleichbehandlung sei nicht durch die Dauer gerechtfertigt, dass nur aus einer Ehe gemeinsame Kinder hervorgehen könnten (AZ: 1 BVR 611/07).

Anleger flüchten aus Südeuropa

ATHEN, 28. Dezember (dpa/Bloomberg). Auf griechische Geldanlagen mit Konten in der Schweiz, die in den vergangenen Jahren riesige Summen außer Landes geschafft haben, bezieht die Athener Zeitung "To Vima" auf ihrer Internetseite am Mittwoch. Dieses Geld könnte aus Steuerhinterziehungen und Schattenwirtschaft stammen. Die Summe sei enorm und könne 200 Milliarden Euro übersteigen, berichten verschiedene griechische Medien zuletzt. In der Staatschuldenkrise ist der Umtrieb über die Auslandsvermögen wohlhabender Bürger gewachsen. Auch Italien beklagt eine enorme Kapitalflucht, die sich Schätzungen der italienischen Finanzpolizei zufolge in diesem Jahr auf 11 Milliarden Euro belief. Sie ist vor dem Hintergrund der von der italienischen Regierung verabschiedeten Sparmaßnahmen und der schärferen Vorgehen gegen Steuerhinterziehung zu sehen. Im Oktober und November, den letzten Wochen der Amtszeit von Ministerpräsident Silvio Berlusconi, erreichte die Kapitalflucht ein Rekordniveau, sagte ein Sprecher der Polizei.

Spiritpreise schwanken so stark wie nie

BOCHUM, 28. Dezember (AFP). Die Spiritpreise an den Tankstellen haben sich nach Angaben aus der Mineralölbranche in diesem Jahr so häufig verändert wie noch nie zuvor. Bislang habe es an insgesamt 254 Tagen im Jahr Preiserhöhungen und an 362 Tagen Preissenkungen gegeben, teilte in Bochum der Aral-Konzern mit. Das zum BP-Konzern gehörende Unternehmen ist mit knapp 2500 Tankstellen Marktführer in Deutschland. Die vielen Preisbewegungen seien ein eindeutiger Beleg für den funktionierenden Wettbewerb im deutschen Tankstellenmarkt, der zu den wettbewerbsintensivsten in Europa zählt, erklärte Aral-Vorstand Stefan Brak.

Dem Bundeskartellamt zufolge fiel schon in den vergangenen Jahren die Zahl der Preissenkungen an den deutschen Tankstellen deutlich höher aus als die Zahl der Preiserhöhungen. Für das durchschnittliche Ausmaß der Preisveränderung sei es "Verhalten aber nahezu exakt umgekehrt", fanden die Kartellwächter in ihrer im Mai veröffentlichten Sektoralesurteilung Kraftstoffe heraus. Das Gesamtmaß der Preisbewegungsritze ist in etwa doppelt so hoch wie dasjenige der Preis-senkungen", heißt es in dem Bericht. Preiserhöhungen gibt es dem Kartell-behörde zufolge vor allem von Montag bis Donnerstag in den Abendstunden sowie freitags schon vom Vormittag an. Die Preisreaktionen verteilen sich derweil gleichmäßiger über den Wochenverlauf.

Der Kampf der Bank von Japan

In Tokio werden die Rufe lauter, die Notenbank möge noch mehr Staatsanleihen kaufen. Bankchef Shirakawa versucht noch, das zu verhindern.

cag, TOKIO, 28. Dezember. Geldpolitik allein kann Japan nicht aus der Deflation führen. Masaki Shirakawa, der Mann an der Spitze der Bank von Japan, lässt seit einigen Monaten kaum einen öffentlichen Auftritt im Lande vergehen, ohne diesen Satz immer wieder zu wiederholen. Seit Jahren verharret der Leitzins in Japan bei null, die Programme der Bank von Japan zum Ankauf von Anleihen werden immer größer. Kaum eine Notenbank flutet die Märkte so stark mit Geld wie die japanische. Der Erfolg bis jetzt sieht mager aus. Auch der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Thomas Mayer, hat das kürzlich in einer Untersuchung der Geldpolitik in Zeiten der Finanzkrise deutlich herausgearbeitet. „Bisher belegen Japans Erfahrungen nicht, dass die Geldpolitik die Wirtschaft wieder auf einen stabilen Wachstumsniveau zurückführen und die Nachfrage beenden konnte.“ Nicht nur deshalb fragen viele Beobachter, warum in der Krise alle Notenbanken begannen, den ja-nal, die Programme der Bank von Japan zu kopieren.

Deutet Shirakawa mit seinen Äußerungen jetzt langsam eine geldpolitische Wende in Tokio an? Nein. Erst Ende Oktober hat die Bank ihr Ankaufprogramm für Anleihen von 50 auf mehr als 55 Billionen Yen (542 Milliarden Euro) ausgeweitet. Die Angst, die Wirtschaft könne weiter in den Abwärtskurs zu rutschen, ist ein Mittel, um die Bank jetzt Staatsanleihen kaufen. Sonst hätte die Ausweitung auch keinen Sinn, denn bei Unternehmens- oder Immobilienleihen bleibt die Nachfrage deutlich hinter dem zurück, was die Bank als Rahmen gesetzt hat. Shirakawa will die expansive Geldpolitik nicht ändern. Seine Bemerkungen haben ein anderes Ziel: Er will den Einstieg in die direkte Staatsfinanzierung durch die Notenbank verhindern. Viele in der japanischen Politik fordern genau das. Gerade erst musste sich Shirakawa im Finanzausschuss des Parlaments von Abgeordneten der Regierungspartei wie der Opposition wieder anhören, die Bank von Japan tue zu wenig. „Weitens sie die Kaufprogramme aus“, schallte es ihm entgegen. Shirakawa wischte die Einwände beiseite. Die „quantitative Lockerung“, wie der Ankauf von Vermögenswerten genannt wird, „ist nicht unbedingt klein“, sagte er.

Indien will gegen Korruption vorgehen

Neues Gesetzespaket droht jedoch im Oberhaus durchzufallen / Bürgerrechtler abermals im Hungerstreik

die, SINGAPUR, 28. Dezember. Der indischen Regierung ist es gelungen, einen weiteren Schritt im Kampf gegen die grassierende Bestechung zu machen: Nach monatelangem Tauziehen stimmte das Unterhaus in Neu-Delhi einem Antikorruptionsgesetz zu. Sein Kern ist der Aufbau einer Schiedsstelle, um das Vorgehen gegen Politiker und Bürokraten zu beschleunigen. Entschieden ist allerdings noch nicht, ob das Gesetz muss auch durch das Oberhaus gehen. In dem die Regierung keine Mehrheit besitzt. Und Opposition und Bürgerrechtler um die Galtionsfigur Anna Hazare kritisieren das Gesetz als „reines Feitück“. Der 74-Jährige ist deshalb in der Wirtschaftsmetropole Mumbai (Bombay) abermals in einen auf drei Tage befristeten Hungerstreik getreten. Das Oberhaus könnte schon an diesem Donnerstag über das Gesetz abstimmen, das schon vor gut 40 Jahren ange-dacht war.

Der Platz, auf dem Hazare hungert, fasst 60.000 Menschen. Am ersten Tag



Reibt sich mit der Regierung: Notenbankgouverneur Masaaki Shirakawa

Shirakawa und die Bank, die formal erst seit 1998 unabhängig ist und unter wachsendem Druck der Politik, aber auch der Medien steht, fürchten, wenn sie noch mehr Geld in die Märkte pumpen, könne das Vertrauen der Finanzmärkte in den Yen zerstört werden. Wenn der Eindruck entsteht, Japan werfe die Notenspresse an, um das gigantische Defizit des Staates zu finanzieren, fürchtet Shirakawa Inflation, steigende Zinsen und den wirtschaftlichen Absturz Japans.

Im Dezember äußerte sich der Notenbankchef auf einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz in Tokio ungewöh-

lich offen zur Euro-Krise. Die Schaffung von Liquidität alleine könne die europäische Schuldenkrise nicht lösen, sagte er. Sie kaute den Staaten lediglich Zeit, die notwendigen wirtschaftlichen Reformen endlich anzugehen. Dies lässt sich durchaus auf Japan übertragen. Wenn in den Archiven der Bank wühlt, findet dabei einen interessanten Aufsatz des heutigen Chefs. Schon im Jahr 2000 warnte Shirakawa, dass Geldpolitik Strukturformen nicht ersetzen könne. Japans stagnierende Wirtschaft der neunziger Jahre sei darauf zurückzuführen, dass Unternehmen, Politik und Bevölkerung immer weniger bereit

„Asiens drittgrößte Volkswirtschaft wird von großer Korruptionsskandalen erschüttert. Als schlimmster Fall gilt der Verkauf der Mobilfunklizenzen, bei dem der Staatskass 39 Milliarden Dollar entgangen sein sollen. Auch im Zuge der Com-

„Bis das Gesetz in Kraft ist, wird das Krebsgeschwür der Korruption weiter wachsen.“

Manmohan Singh, Ministerpräsident

monwealth-Spiele in Delhi im Herbst 2010 war es zu einer Reihe von Bestechungshandlungen gekommen. Allerdings ist es der Regierung gelungen, die Sympathien für Hazare zu reduzieren, da sie nun zumindest handelt. Auch Nachrichten über finanzielle Unregelmäßigkeiten im Hazare-Lager ließen Sympathisanten zweifeln. Im Parlament kritisierte die Opposition, dass die Länder zur Akzeptanz des Gesetzes gezwungen werden sollten. Minis-

Standpunkt: Heinz-J. Bontrup

Benzinpreise: Handfestes Politikversagen

In der Wirtschaftswissenschaft ist dies hinlänglich bekannt und unbestritten. Ein oligopolistisches Parallelverhalten ist ein gesicherter Indikator für einen wettbewerbslosen Zustand. Dies ist aber eine



Heinz-J. Bontrup ist Wirtschaftswissenschaftler an der Westfälischen Hochschule. Foto: Ikon

vielfache Katastrophe, weil so das systemkonstitutive Element der marktwirtschaftlichen Ordnung ausgeschaltet wird und damit Wettbewerb nicht mehr als „schöpferische Zerstörung“ am Markt wirken kann. Damit ist letztlich das gesamte System bedroht. Es kommt zu mehreren wirtschaftlichen Pervertierungen. Nicht leistungsorientierte Preise implizieren nicht nur eine Ausbeutung von Nachfragern und führen zu gesamtwirtschaftlichen Fehlallokationen, sondern sie füh-

ren auch zu Gewinnen, die keine ökonomische Rechtfertigung haben. Der Preismissbrauch ist dabei die schlimmste Pervertierung des Systems. Preisbehörden bieten den Unternehmen nämlich die Möglichkeit den Umsatz und bei gleichen Kosten den Profit zu steigern, ohne dafür Leistungen zu erbringen.

Das Gutachten des Kartellamtes ist leider nach kurzer Diskussion wieder in der Versenkung verschwunden. Insofern muss man Florian Hoffmann dankbar sein, dass er mit seinem Standpunkt („Benzinpreise: Fehlurteil des Kartellamtes“ in der F.A.Z. vom 20. Dezember) noch einmal das Gutachten in Erinnerung rufen hat. Dabei ist Hoffmann zuzustimmen, dass die reale Welt mehrheitlich längst durch oligopolistische Marktstrukturen geprägt ist. Gigantische horizontale vertikale und diagonale Konzentrationsprozesse durch Fusionen von Unternehmen und dem Ausschleichen von Grenzanbietern haben in der Tat die Märkte, dies gilt für Absatz- und Beschaffungsmärkte, immer enger werden lassen. Dies ist aber nicht im Interesse der Konsumenten, wohl aber in Interesse der Produzenten, die Wettbewerb suchen wie der Teufel das Weihwasser. Dies beschreibt Adam Smith schon 1776 in seinem Werk „Der Wohlstand der Nationen“.

Hoffmann findet dagegen den Prozess der Oligopolisierung und Marktverengung nicht verwerflich. Hier muss man

seiner Veränderungen zu akzeptieren. Die Notenbank flutete die Märkte mit Geld, Unternehmen und Bürger riefen es aber nicht ab. Investitionen in Innovation gab es nicht im nötigen Maße. Der erhoffte Aufschwung blieb aus. Nur wenn Unternehmen und Politik sich endlich änderten, schrieb Shirakawa damals, könne Japan das Wachstum erreichen, das es braucht. Zwischen den Zeilen gibt er genau diese Botschaft heute auch wieder. Die Bank von Japan verschaffe dem Land mit ihrer lockeren Geldpolitik Zeit, handeln müssten die Unternehmen und wettbewerbsfähiger werden sowie die Politik, die Reformen scheitern und die Märkte weiter vor internationaler Wettbewerbsverschlechterung zu retten.

Wie aber kann es sein, dass Japan trotz einer lockeren Geldpolitik und der höchsten Staatsverschuldung aller Industriestaaten weiter in einer leichten Deflation festhängt und dort nach Einschätzung der Bank von Japan noch mindestens zwei Jahre verharren wird? Als die Immobilienblase in Japan in den frühen 90er Jahren platzte, mussten Unternehmen und Banken gewaltige Verluste abschreiben. Sie haben Kosten gesenkt und Schulden abgebaut, statt mit dem günstigsten Geld neue Märkte zu erschließen. „Es ging nur die Kostensenkung weiter, vor allem bei den Arbeitskosten“, analysiert ein Mitarbeiter der Bank. Überfliegte Reformen stecken fest in einer politischen Blockade, die seit Jahrzehnten anhält. So geriet die deflationäre Abwärtsspirale in Gang. 2002 steigerte die Bank die Geldversorgung der Geschäftsbanken um 56 Prozent. Die Geldversorgung der Unternehmen wuchs in der Folge nur um 3,2 Prozent. Heute sieht es nicht anders aus. Die Geldversorgung der Situation nur der Staat, gekauft werden die neuen Staatsanleihen von dem günstig entlehnten Geld durch die Geschäftsbanken. Die mutieren so zu gigantischen Anlagengeldern.

Für 21,6 Billionen Yen kaufte die Notenbank Jahr für Jahr japanische Staatsanleihen auf. Ihr Bestand an Staatsbonds machte im Oktober 17,3 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung aus, in Amerika sind es 11,1 Prozent. Für mehr als 60 Billionen Yen hat die Bank Staatsanleihen in ihrer Bilanz. Sie ist damit die aktivste Notenbank überhaupt. Und sie stößt bald an ihre selbst gezogene Grenze, wonach sie nicht mehr Staatsanleihen kaufen darf, als an Banknoten im Verkehr sind. Das sind derzeit 81 Billionen Yen. Noch behauptet Shirakawa, eine Monetarisierung der Staatsanleihen in Japan gebe es nicht. Schon im kommenden Fiskaljahr kommt die Grenze dazu gefährlich nahe in Sicht.

terpräsident Manmohan Singh, der als Reform angetreten war, entgegnete: „Bis das Gesetz in Kraft ist, wird das Krebsgeschwür der Korruption weiter wachsen. Lasst uns das Thema nicht auf die lange Bank schieben. Föderalismus kann nicht als Bremse für den Krieg gegen die Korruption herangezogen werden.“ Abgeordnete der Linksparteien kritisierten, das Gesetz diene der Regierung nur dazu, die Wähler zu täuschen. „Es reicht an keiner Ecke“, hieß es bei den Kommunisten. Indiens Regierung kämpft an allen Fronten: Die Wirtschaftsreformen stoßen seit langem, das Wachstum schwächt sich ab (F.A.Z. vom 14. Dezember). Im neuen Jahr stehen fünf Wahlen ins Haus, unter anderem im bevölkerungsreichsten Staat Uttar Pradesh. Dort steht Rahul Gandhi als Vertreter der Regierungskoalition im Mittelpunkt. Er wird als nächster Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten gehandelt. Von ihm stammte der Vorschlag, das geplante Amt eines Ombudsmanns in der Verfassung zu verankern.

Thailand verschuldet sich für die Fluthilfe

die, SINGAPUR, 28. Dezember. Die thailändische Regierung hat die Wirtschaft nach der verheerenden Flutkatastrophe auf die Beine helfen: Das Kabinett stellt die Summe von 350 Milliarden Baht (8,6 Milliarden Euro) für ein besseres Wassermanagement bereit und um die Infrastruktur wieder aufzubauen. Zuverhelfen die Regierung schon ein erstes Soforthilfeprogramm über 130 Milliarden Baht verabschiedet. Um das Geld zu bekommen, wird der Staat neue Schulden aufnehmen. Deshalb plant die Regierung, die verbleibenden Schulden aus der Finanzkrise in Höhe von rund 35 Milliarden Dollar an die Zentralbank weiterzugeben – damit bekäme die Regierung die Möglichkeit, die Neuverschuldung auszuweiten. Bislang schätzt sie die Schäden der Jahrhundertflut, die zwischen Juli und Dezember mehr als 600 Menschen tötete und die Lieferketten zahlreicher Branchen unterbrach, auf fast 42 Milliarden Dollar. Die Zentralbank geht davon aus, dass die Überflutung Thailands Wachstumsrate in diesem Jahr stark beeinflussen wird. Vor der Katastrophe ging sie von 4,1 Prozent Wachstum aus, nun rechnet sie noch mit 1,8 Prozent. Der Ausstoß der Industrie lag im November bei 9,2 Prozent dem Vorjahreswert. Schon im Oktober hatte das Minus gut 30 Prozent betragen. Für Dezember rechnen die Thailer noch mit einem Rückgang von 29 Prozent im Jahresvergleich. Auf das Jahr gerechnet dürfte die Überschreitung die um rund 10 Prozent Ausstoß kosten. Allein die Fertigung von Automobilen im Königreich wird in diesem Jahr um 12 Prozent auf 1,45 Millionen Einheiten zurückgegangen. Für das Oktober-Jahr rechnen die Behörden mit einem Produktionswachstum der Industrie von 6 Prozent.

Kurze Meldungen

Erfolgreiches Warnsystem
1,6 Millionen Besucher haben die neue Internetseite mit Warnungen vor gesundheitlich gefährlichen Lebensmitteln in den ersten vier Wochen genutzt. Verbraucherministerin Ute Aigner (CSU) bewertete das am Mittwoch als einen erfolgreichen Start. Die Seite „Lebensmittelwarnung.de“ war am 21. Oktober freigeschaltet worden. am.

Schuldengrenze in Amerika
Die Regierung der Vereinigten Staaten wird noch in dieser Woche beim Kongress beantragen, dass die Schuldengrenze abermals angehoben wird. Das berichten amerikanische Medien unter Berufung auf das Finanzministerium. Danach soll die Regierung am Jahresende nur noch einen Schuldenraum von rund 100 Milliarden Dollar haben. Präsident Barack Obama plant eine Ausweitung des Schuldenspielraums um 200 Milliarden Dollar auf 16,394 Milliarden Dollar. Das entspricht zudem der im August getroffenen Absprache im Kongress. pfw.

Erdgasfeld vor Zypern küst
Für die Zypern-Spitzen sollen nach jüngsten Schätzungen die Erdgasreserven Kubikmeter Erdgas liefern. Das gab Zyperns Präsident Dimitris Christofias am Mittwoch nach der Auswertung von Bohrungen bekannt. Zypern ist für ein Land von der Größe Zyperns das das enorme Rohstoffvorkommen. Bereits 300 Milliarden Kubikmeter Erdgas könnte Zypern in 30 Jahren decken, hieß es aus Regierungskreisen. ddp

Teurerer Winterurlaub
Der Winterurlaub dürfte für viele Reisende teurer werden. Gut ein Viertel der Beherbergungs- und Gastronomiebetriebe will in der Wintersaison 2011/12 die Preise erhöhen. Das geht aus der Tourismus-Saisonumfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) hervor, die am Mittwoch veröffentlicht wurde. Zwei Drittel planen keine Erhöhung. dpa

Wechselzahl unzulässig
Krankenhäuser dürfen ihre Mitarbeiter nicht dazu drängen, die Krankenkasse zu wechseln. Ein entsprechendes Urteil des Landgerichts Frankfurt an der Oder ist rechtskräftig, nachdem die verurteilte Klinik ihre Berufung zum Brandenburgischen Oberlandesgericht zurückgezogen hat. Einer Bewerberin war in der Brandenburger Klinik bereits im Vorstellungsgespräch mitgeteilt worden, dass sie zu denjenigen Krankenkassen wechseln müsste, die den größten Anteil an der Versorgung der Klinik habe – nur dann könnte sie die Stelle bekommen. Ein Wettbewerbsverband hatte daraufhin die Klinik verklagt und Recht bekommen. dpa

Tabakwerbung eingeschränkt
Das Verbraucherschutzministerium will Zigarettewerbung in der Öffentlichkeit weiter einschränken. Künftig sollte etwa Werbung für Tabakprodukte auf Plakaten und in Zeitungen eingeschränkt werden, sagte ein Sprecher des Ministeriums am Mittwoch in Berlin. Auch das kostenlose Verteilen von Zigarettensammlern und die Verabreichung von Tabak werden eingeschränkt werden. Die Bundesrepublik folgt damit einer Konvention der Weltgesundheitsorganisation. Werbung für Tabak ist in 117 von 193 Staaten und im Internationales Gesundheitsvertrag verboten. dpa

Standpunkt: Heinz-J. Bontrup

Benzinpreise: Handfestes Politikversagen

Das vom Bundeskartellamt vorgelegte Gutachten zur Preissetzung durch Mineralölkonzerne an den Tankstellen ist eine wirtschaftswissenschaftlich hervorragende empirische Arbeit. Zum ersten Mal liegt uns Ökonomen ein sauberer und differenzierter Befund zur Preispolitik der Ölkonzerne vor. Das Kartellamt hat diesbezüglich den deutschen Markt für Kraftstoffe auf Wettbewerb untersucht und kommt unmissverständlich zu dem empirischen Ergebnis, dass hier ein wettbewerbsfeindliches oligopolistisches Parallelverhalten der Anbieter vorliegt.

Solches Verhalten kommt dadurch zustande, dass im engen Oligopol von drei bis fünf Anbietern der Marktanteil jedes Produzenten so groß ist, dass seine Konkurrenten reagieren müssen, wenn er seine Preise oder Produktqualitäten ändert. Senkt ein Oligopolist seine Preise, so werden seine Wettbewerber ihre Preise ebenfalls senken müssen, wenn sie nicht Nachfrage verlieren wollen. Also unterlassen die Produzenten solche Preissenkungen. Sie verlieren am Ende alle. Erhöht der Oligopolist aber seine Preise, erhalten die anderen Spielraum für eigene Preiserhöhungen und mehr Gewinn. Nur ein Anbieter muss bei der Preiserhöhung vorgehen. Die anderen folgen gerne, weil hier alle Gewinner zu Lasten der Nachfrager sind.

In der Wirtschaftswissenschaft ist dies hinlänglich bekannt und unbestritten. Ein oligopolistisches Parallelverhalten ist ein gesicherter Indikator für einen wettbewerbslosen Zustand. Dies ist aber eine



Heinz-J. Bontrup ist Wirtschaftswissenschaftler an der Westfälischen Hochschule. Foto Ipon

vielfache Katastrophe, weil so das systemkonstitutive Element einer marktwirtschaftlichen Ordnung ausgeschaltet wird und damit Wettbewerb nicht mehr als „schöpferische Zerstörung“ am Markt wirken kann. Damit ist letztlich das gesamte System bedroht. Es kommt zu mehreren wirtschaftlichen Pervertierungen. Nicht leistungsorientierte Preise implizieren nicht nur eine Ausbeutung von Nachfragern und führen zu gesamtwirtschaftlichen Fehlallokationen, sondern sie füh-

ren auch zu Gewinnen, die keine ökonomische Rechtfertigung haben. Der Preismissbrauch ist dabei die schlimmste Pervertierung des Systems. Preiserhöhungen bieten den Unternehmen nämlich die Möglichkeit den Umsatz und bei gleichen Kosten den Profit zu steigern, ohne dafür Leistungen zu erbringen.

Das Gutachten des Kartellamtes ist leider nach kurzer Diskussion wieder in der Versenkung verschwunden. Insofern muss man Florian Hoffmann dankbar sein, dass er mit seinem Standpunkt („Benzinpreise: Fehlurteil des Kartellamtes“ in der F.A.Z. vom 20. Dezember) noch einmal das Gutachten in Erinnerung gerufen hat. Dabei ist Hoffmann zuzustimmen, dass die reale Welt mehrheitlich längst durch oligopolistische Marktstrukturen geprägt ist. Gigantische horizontale, vertikale und diagonale Konzentrationsprozesse durch Fusionen von Unternehmen und dem Ausscheiden von Grenzanbietern haben in der Tat die Märkte, dies gilt für Absatz- und Beschaffungsmärkte, immer enger werden lassen. Dies ist aber nicht im Interesse der Konsumenten, wohl aber im Interesse der Produzenten, die Wettbewerb scheuen wie der Teufel das Weihwasser. Dies beschreibt Adam Smith schon 1776 in seinem Werk „Der Wohlstand der Nationen“.

Hoffmann findet dagegen den Prozess der Oligopolisierung und Marktverengung nicht verwerflich. Hier muss man

ihm vehement widersprechen. Vor allen Dingen auch deshalb, weil er ohne jede wirtschaftswissenschaftliche Fundierung argumentiert. Hoffmann unterstellt dem Bundeskartellamt eine „ideologische Voreingenommenheit“, weil das Amt „seine Beurteilung aus einer Marktformenlehre (Monopole, Oligopole, Polypole)“ beziehe, „die zwar in der Theorie fest verankert, von der Realität aber – wie vieles in den Theorien der Volkswirtschaftslehre – meilenweit entfernt ist“. Ob Theorien, auf denen jede Wissenschaft basiert, der Realität standhalten, kann nur durch empirische Überprüfung festgestellt werden. Genau das hat die Kartellbehörde verdienstvollerweise getan.

Das Problem ist hierbei nur, dass das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) eine Gesetzeslücke aufweist, um dem vorliegenden missbräuchlichen Parallelverhalten der Ölkonzerne bei ihrer Preissetzung rechtlich beizukommen. Im Gegensatz zu direkten Kartellabsprachen ist das in der Wirkung genauso schlimme oligopolistische Verhalten kartellrechtlich nicht sanktionierbar. Hier besteht demnach ein dringender rechtlicher Handlungsbedarf durch eine Novellierung des GWB. Die Politik denkt aber offensichtlich nicht daran, auf das Gutachten in adäquater Weise zu reagieren. Somit liegt mal wieder Politikversagen und damit ein handfester Skandal vor.